

Die Linke

Fraktion in der Bezirksversammlung Harburg

Liebe Genoss*innen und Interessierte
an sozialer und gerechter Politik in und für Harburg,

der Winter hält uns in Schach - nicht nur in Form von Schnee und Kälte sondern auch als politische Stimmung. Da hilft nur Einheizen! Und das tun wir als Linke!

In Harburg haben wir für den Erhalt des Standorts Kita Elfenwiese gekämpft wie auch gegen Kürzungen von Integrationsmitteln. Weiter geht es um längst fällige Umbenennungen zweier Straßen in Harburg, die schon jetzt reichlich Gegenwind erzeugen.

Also wie gehabt: ein steter Kampf. Dazu braucht es eine starke Linke und Aufklärung! Zu allem sind wir aktiv und laden zum Mitmachen!

Doch lies selbst ...

Liked uns, teilt uns, folgt uns! Auf [Facebook](#) oder unserer neuen [Instagram](#)-Seite.

Eure Fraktion [Die Linke](#) in Harburg

Und hier ist die Newsletter-Anmeldung auf unserer website

Zur Newsletter-Anmeldung

Inhalt

1. [aus der Fraktion](#)
2. [aus der Bezirksversammlung und den Fachausschüssen](#)
3. [aus der Bürgerschaftsfraktion](#)
4. [Termine](#)
5. [Tipp](#)

1. Aus der Fraktion

Linksfraktion thematisiert

Kürzungen von Integrationsmitteln und Olympia

In der jüngsten Sitzung der Harburger Bezirksversammlung (27.01.) thematisierte die Harburger Linksfraktion die Kürzungen von SIN-Mitteln als auch die geplante Olympia-Bewerbung.

Angesichts der **Kürzungspläne** des Senats der Mittel zur Integrationsarbeit, die sogenannten **SIN-Mittel**, forderten wir eine „Bestandsgarantie“ für unsere sozialen Netzwerke - und das mit Erfolg: Die Bezirksversammlung stellte sich geschlossen gegen den Rotstift bei den Integrationsmitteln. Harburg wehrt sich dagegen, dass wichtige Projekte für Jugendliche, Familien und Geflüchtete der Haushaltslage zum Opfer fallen.

Darüber hinaus haben wir in der sogenannten "Aktuellen Stunde" **Hamburgs Olympia-Bewerbung** thematisiert und klar gemacht, dass unser *Nein* ein *Nein* bleibt.

Fraktionsmitglied Eric Golbs: *„Überall wird gekürzt, bei den Spielen soll gepresst werden? Olympia entzieht Schulen, Kultur und dem Nahverkehr wertvolle Ressourcen. Wir verteidigen die Stadt für die Menschen, nicht für die Event-Profite des IOC.“* **Sylvie Szagarus aus der Fraktion** ergänzte: *„Mehr als die Hälfte der Grundschul Kinder kann nicht sicher schwimmen, und Schwimmbäder wie das Freibad Neugraben überleben nur durch Notlösungen. Wir brauchen Investitionen in Sporthallen und Schwimmzeiten jetzt, nicht erst in zehn Jahren. Hamburg braucht keine Olympia-Illusion, sondern eine funktionierende soziale Stadt.“*

Frust zur inklusiven Kita Elfenwiese

Es war noch einmal ein Hoffnungsschimmer für die betroffenen Eltern. Die Vorzeige-Kita Elfenwiese in Marmstorf war auch in der letzten Sitzung der Bezirksversammlung Harburg (27.01.) Thema. Und nach einem Antrag unserer Linksfraktion sollten die Pläne der städtischen Elbkinder GmbH, die etablierte und renommierte Inklusions-Kita zu schließen, nochmal grundlegend in der Hamburger Bürgerschaft diskutiert werden. Wir forderten zudem, die Kita an Ort und Stelle zu erhalten.

Das Aus kam dennoch letzte Woche und zwar in der Hamburger Bürgerschaft – mit keinem guten Ende für die Inklusion in der Hansestadt. Die got-grüne Koalition in der Bürgerschaft folgte dem Konzept der Trägergesellschaft Elbkinder, die Kita aufzugeben.



2. Aus Bezirksversammlung und den Fachausschüssen

Umbenennung des Albert-Schäfer-Wegs

Bereits im Jahr 2022 empfahl eine Expert*innen-Kommission der Stadt Hamburg die Umbenennung des Albert-Schäfer-Wegs. Albert Schäfer, ehemals Ehrenbürger Harburgs, war als Phoenix-Direktor maßgeblich an der NS-Rüstungsproduktion und dem Einsatz von Zwangsarbeiter*innen beteiligt. Wir wollen nach vier Jahren Debatte in der Harburger Bezirksversammlung nun Taten folgen lassen und plädieren in einem Antrag ([Drs. 22-1464](#)) für eine Umbenennung in Max-Goldschmidt-Weg. Die Fraktionen von SPD und Grünen unterstützen den Antrag bereits.

Der Umbenennung geht bereits eine jahrelange Debatte voraus. Bereits 2024 kam es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen SPD und CDU: Während die SPD die historische Aufarbeitung forcierte, bremste die CDU die Pläne immer wieder aus.

Und auch jetzt macht die CDU erneut Stimmung gegen Aufarbeitung: In der aktuellen Debatte warnt Fraktionschef Rainer Bliefernicht vor „erheblichem organisatorischem Aufwand“ und „finanziellen Belastungen“ für die Anwohnenden. Die CDU fordert stattdessen lediglich erklärende Tafeln oder QR-Codes an den alten Schildern.

Eine Ehrung von NS-Profiteuren lässt sich aber nicht durch ein Zusatzschild „heilen“. Historische Verbrechen müssen Konsequenzen im Stadtbild haben.

Wir haben im Antrag sichergestellt, dass die Adressänderungen in amtlichen Dokumenten (Ausweise, Fahrzeugpapiere) für die Bürger*innen kostenfrei bleiben.

Harburg verdient ein Stadtbild, das demokratische Werte widerspiegelt, statt Schatten der Vergangenheit zu bewahren!

Weitere Information [hier](#).

Umbenennung der Gaiserstraße in Eißendorf

Auf Initiative der Linksfraktion ([Drs. 22-1469](#)) wird die Umbenennung der Gaiserstraße in Eißendorf auf den Weg gebracht. Seit mehr als vier Jahren wird dies in der Harburger Bezirksversammlung diskutiert. Nun wird es Zeit, es umzusetzen. Den Antrag unterstützen bereits die Fraktionen von SPD und Grünen.

Warum? Der bisherige Namensgeber, Gottlieb Leonhard Gaiser, wurde lange nur als erfolgreicher Harburger Kaufmann wahrgenommen, der Wegbereiter der Harburger Pflanzenfettindustrie war. Doch die Forschung zeigt: Gaiser war ein maßgeblicher Treiber der deutschen Kolonialpolitik. Er drängte das Reich aktiv zur völkerrechtswidrigen Besetzung westafrikanischer Gebiete, um seinen Palmöl-Handel durch Ausbeutung abzusichern. Eine solche Ehrung im Stadtbild ist heute nicht mehr tragbar.

Statt der Täter rücken wir nun die Perspektive der Betroffenen in den Fokus. Vorgeschlagen sind Namen wie Amapetu (nach dem König von Mahin, der Widerstand leistete) oder Mahin (nach dem betroffenen Gebiet). Damit geben wir den Opfern des Kolonialismus symbolisch einen Platz in unserem Bezirk zurück.

Kein Aufwand, keine Kosten für Anwohnende! Wir wissen, dass eine Umbenennung Fragen aufwirft. Deshalb haben wir im Antrag sichergestellt: Alle Änderungen in amtlichen Dokumenten (Personalausweis, Fahrzeugpapiere etc.) müssen für die Bürger*innen kostenlos sein.

Wir fordern zudem mobile Kundenzentren direkt im Quartier, um den Behördengang so einfach wie möglich zu machen.

Das Amt soll zudem Post, Rettungsdienste und Verlage direkt informieren, damit die Adressumstellung reibungslos funktioniert.

Mit diesem Schritt führen wir die dekoloniale Aufarbeitung in Harburg konsequent fort – für eine Erinnerungskultur, die diesen Namen auch verdient.

Weitere Informationen [hier](#).

Ehemaliger Nachbarschaftsgarten Neuwiedenthal

Wo früher im Striepenweg gemeinschaftlich gegärtnert wurde, rollen derzeit noch die Baumaschinen der Deutschen Bahn. Doch was passiert eigentlich mit der Fläche, wenn die Bahninfrastruktur fertiggestellt ist? Gemeinsam mit der Fraktion der Grünen hat die Linke Harburg nun einen klaren Plan vorgelegt, um zu verhindern, dass das Areal brachliegt oder versiegelt wird (Drs. 22-1448).

Unsere Initiative:

- Wir fordern, dass das verbleibende Flurstück nach Abschluss der Arbeiten von der Deutschen Bahn zurück in die Verwaltung des Bezirksamtes übergeht.
- Statt grauer Infrastruktur soll die Fläche als wertvoller Naturraum im Stadtteil dauerhaft gesichert werden.
- In Harburg gibt es starke Strukturen im Umwelt- und Tierschutz. Wir wollen, dass die Fläche als Projektstandort für lokale Verbände zur Verfügung gestellt wird.

Warum:

Nachdem der Nachbarschaftsgarten erfolgreich auf eine Alternativfläche umgezogen ist, bietet sich hier die einmalige Chance, ein neues Zentrum für Arten- und Umweltschutz direkt vor Ort zu schaffen. *„Wir müssen jede Chance nutzen, ökologische Trittsteine in unseren Quartieren zu erhalten und das ehrenamtliche Engagement der Tierschutzverbände durch konkrete Flächenangebote zu unterstützen“*, so Sylvie Szagarus unsere Fraktionsvertreterin für Süderelbe.

Wir bleiben dran, damit Neuwiedenthal grün bleibt und das Ehrenamt den nötigen Platz zum Wachsen bekommt!

3. Aus der Bürgerschaftsfraktion



Besuch der Gedenkstätte Neuengamme am Internationalen Holocaust-Gedenktag

Am 27. Januar ist Internationaler Holocaust-Gedenktag. An diesem Tag erinnern wir an die millionenfachen Verbrechen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft.

In Hamburg wurden Menschen mit Geburtsorten in mehr als 70 Ländern im KZ Neuengamme eingesperrt. Zehntausende wurden dort ermordet oder starben durch die unmenschlichen Arbeits- und Haftbedingungen.

Die Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat aus diesem Anlass das Gelände des Konzentrationslagers besucht und zum Gedenken an die Opfer Blumen niedergelegt. Außerdem haben wir uns beim Gedenkstätten-Leiter Oliver von Wrochem über die Pläne und Probleme der Erinnerungsarbeit in Hamburg informiert.

Einigkeit bestand, dass die Bedeutung des Erinnerns mit den Jahren nicht absondern zunimmt. In der Bürgerschaft wird DIE LINKE sich weiterhin dafür einsetzen, dass die KZ-Gedenkstätte Neuengamme gut ausgestattet wird und ihre wichtige Arbeit auch in Zukunft fortsetzen kann.

Mietwucher in Hamburg: Personal muss her!

Seit über einem Jahr gibt es in Hamburg den staatlichen „Mietenmelder“, mit dem Bürger*innen überhöhte Mieten anzeigen können. Doch was als scharfes Schwert gegen Mietwucher angekündigt wurde, entpuppt sich zunehmend als stumpfe Klinge. Eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion in der Bürgerschaft deckt auf: Von den insgesamt rund 1.300 eingegangenen Hinweisen (inklusive der Daten aus der Mietwucher-App der LINKEN) wurde bisher kein einziger Fall durch die Bezirksämter abschließend bearbeitet oder gar sanktioniert.

Die Gründe für diesen Stillstand sind hausgemacht. In den zuständigen Wohnraumschutz-Abteilungen der Bezirksämter herrscht akuter Personalmangel. Während die Mieten in ganz Hamburg und so auch Harburg weiter steigen, verstauben die Beweise für Gesetzesverstöße in den digitalen Postfächern der Verwaltung.

Unsere Kritik:

Fehlendes Personal: Ein Melde-Tool ohne die entsprechenden Fachkräfte, die die Fälle prüfen und Bußgelder verhängen, ist reine Symbolpolitik.

Keine Priorität für Mieter*innenschutz: Der Senat weigert sich bisher, die notwendigen Stellen in den Bezirken zu schaffen, um dem § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (Mietpreisüberhöhung) endlich Geltung zu verschaffen.

Vermieter*innen im Glück: Wer Wuchermieten verlangt, hat in Hamburg derzeit kaum etwas zu befürchten, da die Wahrscheinlichkeit einer Strafe gegen Null geht.

Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion: „*Ein Mietenmelder, der nur Daten sammelt, aber keine Konsequenzen hat, ist ein Schlag ins Gesicht aller Mieter*innen. Wir brauchen keine neuen Apps, sondern engagiertes Personal in den Ämtern, das gegen die schwarzen Schafe auf dem Wohnungsmarkt vorgeht.*“

Wir fordern den Senat auf, umgehend eine Taskforce „Mietwucher“ einzurichten und die Bezirksämter mit dem nötigen Personal auszustatten. Mieter*innenschutz darf nicht nur auf dem Papier stehen – er muss aktiv durchgesetzt werden, damit Wohnen in Hamburg wieder bezahlbar wird!

4. Termine



25.02., 18.30h: "Mission to Marsh": Film & Gespräch im Stellwerk

Moore speichern weltweit mehr CO2 als alle Wälder zusammen – doch nur, wenn sie nass bleiben. In Harburg ist dieser „ökologische Schatz“ durch Projekte wie die Autobahn A26-Ost akut gefährdet. Gemeinsam mit der Initiative „moorburgforever“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung laden wir ein zu einem Abend über unsere wichtigsten Verbündeten gegen die Klimakrise.

Mi., 25. Feb., Beginn 18.30 Uhr:

Dokumentarfilm „Mission to Marsh“ (75 Min.)

mit anschließendem Expert*innen-Talk.

Stellwerk (Bahnhof Harburg, über Fernzuggleis 3)

Eintritt frei!

„Es ist politisch widersprüchlich, Klimaziele zu verkünden und gleichzeitig Moore für Autobahnen zu opfern“, so Eric Golbs, unser umweltpolitischer Sprecher der Fraktion.

Kommt vorbei, informiert euch und diskutiert mit uns über den Erhalt dieser lebenswichtigen Ökosysteme vor unserer Haustür!



Mo., 23.02., 19 Uhr: Ein Jahr nach dem Linken-Comeback Wo stehen wir heute?

Ein Jahr ist vergangen, seit DIE LINKE mit einem überraschenden Erfolg bei den Bundestagswahlen zurückgekehrt ist. Seitdem hat sich viel verändert: Die Regierung Merz führt massive Angriffe auf unsere sozialen Sicherungssysteme und hat das Bürgergeld abgeschafft. Während die Wirtschaftslobby nun sogar Grundrechte wie den 8-Stunden-Tag oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ins Visier nimmt, fragen wir uns: Wie schlägt sich unsere neue Bundestagsfraktion als Gegenpol?

Unter dem Titel „Vom Hype zur Hoffnung?“ diskutiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung die strategischen Fragen des Neuanfangs.

Montag, 23. Feb., 19–21 Uhr im Livestream (oder vor Ort in Berlin)

mit

Heidi Reichinnek (Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag)

Daniel Bax (taz-Redakteur, Autor „Die neue Lust auf links“)

Helena Steinhaus (Sanktionsfrei e.V.)

Wie nachhaltig ist der Erfolg der Linken? Kann sie sich durch echte soziale Verankerung dauerhaft gegen die erstarkte extreme Rechte behaupten? Schaltet ein und diskutiert mit!

zum Livestream: www.rosalux.de/live

Sitzungen der Bezirksversammlung und Fachausschüsse

Die Bezirksversammlung und ihre Fachausschüsse bieten eine gute Möglichkeit, sich selbst ein Bild über die parlamentarische Arbeit der gewählten Vertreter*innen in Harburg zu machen. Denn sie haben stets einen öffentlichen Teil, an dem alle Harburger*innen teilnehmen können. Wer diese Chance nutzen will, findet auf unserer [Terminübersicht](#) die aktuellen Sitzungstermine sowie die jeweilige Tagesordnung der öffentlichen Teile.

5. Tipps

Miete zu hoch? So wehrst Du Dich selbst!

Da der behördliche „Mietenmelder“ aktuell eher ein Papiertiger ist (s.o. Bürgerschaft), müssen Mieter*innen oft selbst die Initiative ergreifen. Um die Mietpreisbremse oder den Mietwucher-Paragraphen durchzusetzen, solltest Du diesen Schritten folgen:

1. Den Ist-Zustand prüfen

Finde heraus, ob Deine Miete überhaupt rechtmäßig ist.

Mietspiegel-Check: Vergleiche Deine Kaltmiete mit der ortsüblichen Vergleichsmiete im [Hamburger Mietspiegel](#).

Mietpreisbremse: Bei Neuverträgen (nach 2015) darf die Miete maximal 10 % über diesem Wert liegen.

Mietwucher: Liegt die Miete 20 % oder mehr über dem Vergleichswert, könnte eine Ordnungswidrigkeit des Vermieters vorliegen.

2. (Wichtig!) Die „Rüge“ aussprechen

Die Mietpreisbremse wirkt (leider) nicht automatisch. Du musst den Vermieter schriftlich auf den Verstoß hinweisen. Schicke ein Rügeschreiben per Einschreiben an Deinen Vermieter. Fordere darin Auskunft über etwaige Ausnahmen (z.B. umfassende Sanierung vor Einzug oder hohe Vormiete).

Wichtig: Erst ab dem Zeitpunkt der Rüge kannst Du zu viel gezahlte Beträge zurückfordern.

3. Beweise sichern

Sammele alle Unterlagen, die Deine Position stärken:

- Kopien des Mietvertrags und aller Mieterhöhungsverlangen.
- Anzeigen aus Immobilienportalen (falls noch vorhanden), die die Marktsituation zum Zeitpunkt Deines Einzugs belegen.

4. Unterstützung holen

Gehe den Weg nicht allein. Rechtliche Auseinandersetzungen mit Vermieter*innen können komplex sein.

Mietervereine: Eine Mitgliedschaft bietet Rechtsschutz und professionelle Beratung.

ÖRA: Die Öffentliche Rechtsauskunft Hamburg bietet Beratung für Menschen mit geringem Einkommen.

Mietwucher-App: Nutze weiterhin Tools wie die [App der LINKEN](#), um Daten für die politische Arbeit zu sammeln und Druck auf die Ämter zu erhöhen.

5. Den langen Atem behalten

Auch wenn die Ämter aktuell langsam arbeiten: Reiche Deine Meldung trotzdem beim offiziellen Mietenmelder der Stadt ein. Je mehr ungelöste Fälle dort registriert sind, desto schwerer kann der Senat das Personalproblem ignorieren!

Vermögensteuer Die Linke

Aufkommens- und Verteilungswirkungen

Autoren:
Stefan Bach
Florian Wichers
Tony Mudrack

Forschungsprojekt im Auftrag
der Fraktion Die Linke im Bundestag,
der Fraktionsvorsitzendenkonferenz
der Linksfractionen in den Landtagen
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Neue DIW-Studie zur Vermögensteuer

Oft hören wir in den Ausschüssen, das Geld für Kitas, Jugendzentren oder die Sanierung von Schulen sei knapp. Doch eine aktuelle Studie des DIW Berlin, die im Auftrag der LINKEN erstellt wurde, belegt nun schwarz auf weiß: Das Geld ist da – es ist nur extrem ungleich verteilt!

Während die untere Hälfte der Haushalte in Deutschland fast über kein Vermögen verfügt, besitzt das reichste Zehntel mehr als zwei Drittel des gesamten Nettovermögens.

Die Studie rechnet vor, wie wir das ändern können:

- 98 Milliarden Euro pro Jahr: So viel könnte eine gerechte Vermögensteuer ab 2026 jährlich für das Gemeinwohl einbringen.
- Schutz für den Mittelstand: Durch hohe Freibeträge (1 Mio. Euro für Privatvermögen / 5 Mio. Euro für Betriebe) werden „Häuslebauer“ und kleine Unternehmen gar nicht belastet.
- Starke Schultern tragen mehr: Erst bei Superreichen und Milliardären greifen progressive Sätze von bis zu 5 %.

Warum das (auch) für Harburg wichtig ist? 98 Milliarden Euro zusätzlich würden bedeuten, dass wir etwa nicht mehr über die Kürzung von Integrationsmitteln oder die Schließung von Inklusions-Kitas streiten müssten. Es ist genug für alle da, wenn wir die Superreichen endlich angemessen beteiligen.

Mehr auch unter [Eine gerechte Vermögenssteuer](#). Die Studie zum [download hier](#).

Folge uns!



Die Linke Fraktion i.d. Bezirksversammlung Hamburg-Harburg

Wallgraben 24, 21073 Hamburg

Telefon: 040 – 69 08 08 85 | E-Mail: geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-harburg.de

kein Bock mehr? Dann hier abmelden!

[Abmeldelink](#) | [unsubscribe](#) | [Lien de désinscription](#) | [Anular suscripción](#) | [Link di cancellazione](#)